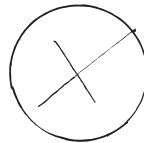


EUROPAWAHL 2019



Sichere und bezahlbare Energie,
Schutz der Gewässerressourcen und
Klimaschutz in Europa



Europa ist **grenzenlos** auch **bei der Sicherheit unserer Energieversorgung, beim Schutz der Gewässerressourcen und beim Klimaschutz**. Dafür sorgen der Binnenmarkt für Strom und Gas und klare Regeln und Ziele für Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und für die Wasserwirtschaft.

In den letzten Jahren hat Europa viele wichtige Entscheidungen dazu getroffen:





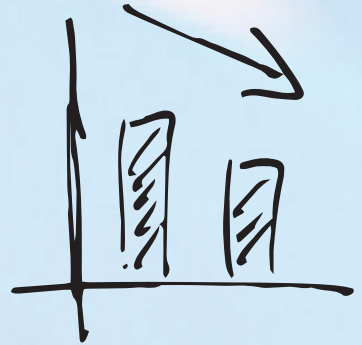
- Ein umfangreiches Gesetzespaket für sauberen Strom, in dessen Mittelpunkt der Verbraucher steht;
- Die Grundlagen für das Pariser Klimaschutzübereinkommen von 2015;
- Drei Gesetzakte zur Mobilität, mit denen die Fahrzeug-Emissionen bis 2030 deutlich gesenkt werden sollen;
- Die EU-Trinkwasserrichtlinie wird gerade angepasst. Ziel ist die Sicherstellung hoher europäischer Qualitätsanforderungen;
- Die EU-Arzneimittelstrategie soll das Verursacherprinzip stärken;
- Eine Strategie für einen digitalen Binnenmarkt, die der Modernisierung aller Lebensbereiche und der Sicherheit vor Gefahren im Netz dient.

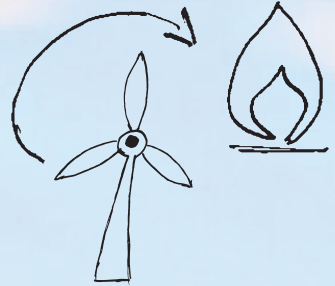
Nicht stehen bleiben beim Klimaschutz!

Die EU ist nicht die Welt, aber wenn es um Klimaschutz geht, schaut die Welt auf die EU. In der nächsten Legislaturperiode muss ein verlässlicher Rahmen für langfristige Klimaziele gesetzt werden. Dazu brauchen wir eine Langfriststrategie bis 2050, die ehrgeizig ist, aber die Industrie nicht aus Europa vertreibt. Der Emissionshandel wirkt. Wir müssen aber genau hinschauen, ob die Erfolge der Reform von 2017 auch in der langfristigen Perspektive ausreichen. Wir brauchen einen Preis für CO₂ in den Sektoren, die nicht dem europäischen Emissionshandel unterliegen. Das gilt vor allem für Wärme und Verkehr. Für die Energiewende im Verkehr ist zudem die effiziente Umsetzung der CO₂-Flottengrenzwerte zentral.

Die Energiewirtschaft hat vorgemacht, wie es geht. Im Unterschied zu anderen Sektoren hat sie ihren CO₂-Ausstoß seit 1990 drastisch reduziert und wird ihren Beitrag zu den langfristigen Klimazielen bis 2050 leisten. Mit dem Aufbau der Ladeinfrastruktur ist die Energiewirtschaft aktiv dabei, eine wichtige Voraussetzung für den Hochlauf der Elektro-Mobilität zu schaffen.

Europäische Politik in einer Gemeinschaft von 27 Staaten verlangt Augenmaß. Innovative energiewirtschaftliche Lösungen zur Energieversorgung von morgen dürfen nicht durch eine zu enge Auslegung der europäischen Beihilfeleitlinien erschwert werden.





Den Gasmarkt fit für eine immer **grünere Zukunft** machen!

Die Energieversorgung von morgen kann nicht allein auf Strom setzen. Das wäre nicht effizient und auch weniger sicher. Gas und seine Infrastruktur sind bestens geeignet, die Schwankungen in der Erzeugung von Wind- und Sonnenenergie auszugleichen. Das gilt gerade in Deutschland mit seinem dichten Gasnetz und den größten Speicherreserven in ganz Europa.

Gas enthält deutlich weniger CO₂ als alle anderen fossilen Energieträger. Das bringt die Energiewende voran. Aber Gas kann in Zukunft noch mehr. Es kann grün werden. Dafür müssen wir jetzt die Voraussetzungen schaffen. Um grüne Gase und Power-to-Gas als Schlüsselemente der Sektorkopplung zu ermöglichen, muss die EU nach dem sog. Clean Energy Package nun auch die Regeln für den Gasbinnenmarkt modernisieren. Dazu gehören geeignete Rahmenbedingungen für die Integration von Wasserstoff und grünem Gas in den Wettbewerb ebenso wie ein in Europa einheitliches und unbürokratisches Nachweissystem. Im Mittelpunkt der Richtlinie muss der Markt stehen. Und schließlich müssen die Netze auf die Aufnahme grüner Gase vorbereitet werden.



Mehr Forschung und **weniger Bürokratie!**

Europa muss Forschungs- und Entwicklungsprojekte noch stärker als bisher voranbringen. Der wichtigste Hebel hierfür ist da: Der Mehrjährige Finanzrahmen. Er muss auch genutzt werden für Investitionen in die Energie- und Wasserinfrastruktur. Den aus dem Kohleausstieg resultierenden tiefgreifenden Strukturwandel sollte die EU konstruktiv begleiten.

Fortschritt kommt oft von kleinen und mittleren Unternehmen, den KMU. Deshalb muss die KMU-Definition auf EU-Ebene endlich angepasst werden. KMU sollten auch durch den Abbau unnötiger bürokratischer Belastungen entlastet werden. Dies stärkt ihre Innovationskraft.

Schutz des Lebensmittels Nummer 1

Trinkwasser EU-weit sicherstellen!

Die EU-Trinkwasserrichtlinie ist das Instrument zur Sicherstellung höchster Qualität und zum Ressourcenschutz. Regelungsfremde Inhalte wie die Berichtspflichten zu ökonomischen Rahmenbedingungen sollten nicht Gegenstand einer Qualitätsrichtlinie sein. Deutschland hat bisher die EU-Nitratrichtlinie unzureichend umgesetzt. Die Gemeinsame Agrarpolitik muss für eine Agrarwende stehen, um den Schutz der Gewässer in den Vordergrund zu rücken. Die ökologische Landwirtschaft sollte stärker gefördert werden.

Die Evaluierung der EU-Konzessionsvergaberichtlinie steht an. Zu Recht war die Wasserwirtschaft 2014 hiervon ausgenommen worden. Für Deutschland steht die kommunale Gestaltungsfreiheit in der Wasserwirtschaft und bei der Konzessionsvergabe im Vordergrund. Dies ist auch im Rahmen der Freihandelsabkommen zu beachten.

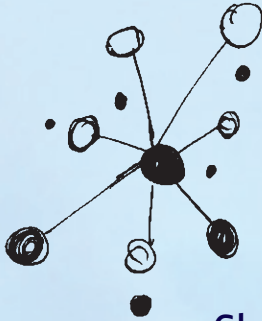


Abwasserwirtschaft nachhaltig gestalten: Stärkung des **Verursacher-** **prinzips!**

Eine EU-Arzneimittelstrategie, die sich mit der Vermeidung von Einträgen in die Gewässer befasst, ist vor dem Hintergrund zunehmender Medikamentenverbräuche unerlässlich. Dabei muss das Verursacherprinzip im Vordergrund stehen und nicht wie bisher „End of Pipe“-Lösungen der Abwasserreinigung. Die kommunale Abwasserrichtlinie hat EU-weit zu einer deutlichen Verbesserung der Abwasserentsorgung und -reinigung geführt. Einige Mitgliedstaaten wie Deutschland haben die Ziele überwiegend erreicht. Vor einer Ausweitung der Pflichten sollte eine Konsolidierung im Vordergrund stehen und auf nachhaltige Ausgestaltung geachtet werden.

Bei der anstehenden Neufassung der Wasserrahmenrichtlinie sind das hohe Schutzniveau und die Umweltziele zu wahren.





Chancen und Risiken der **Digitalisierung** nicht verschlafen!

Europa kann es sich nicht leisten, von Amerika und China abgehängt zu werden. Der digitale Binnenmarkt muss endlich weiter vertieft werden. Das gilt auch für die Energiewirtschaft. Wie sonst sollte die Integration von über 1,6 Millionen vor allem dezentraler und regenerativer Erzeugungsanlagen mit ihren schwankenden Einspeisungen allein in Deutschland gelingen, wenn nicht mithilfe digitaler Systeme und einer hochmodernen Infrastruktur? Digitalisierung in der Wasserwirtschaft bedeutet Innovation und Kundenzufriedenheit. Dazu nutzen die Unternehmen moderne Technologien und tauschen sich zu Fortentwicklungen und Sicherheit aus. Was gebraucht wird, ist Rechtssicherheit, Cybersicherheit und die richtige Balance zwischen Wirtschafts- und Nutzerinteressen beim Datenmanagement. Das kann nur gemeinsam in Europa gelingen.



bdew

Energie. Wasser. Leben.

www.bdew.de